

## Lissabon-Strategie

### Begriff

Die Lissabon-Strategie wurde auf dem EU-Frühjahrgipfel 2000 in Lissabon verabschiedet, der zufolge die EU bis 2010 der wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum in der Welt werden soll. Darüber hinaus soll durch die Lissabon-Strategie bis 2010 die Beschäftigungsquote europaweit auf 70 Prozent erhöht und ein jährliches Wirtschaftswachstum von 3% erreicht werden.

Um das Lissabon-Ziel zu erreichen, strebt die EU die Durchsetzung folgender flankierender Maßnahmen an:

- a) die Schaffung bzw. Vollendung des Binnenmarkts für Dienstleistungen, - Beispiel EU-Dienstleistungsrichtlinie,
- b) die Öffnung bisher abgeschirmter und geschützter Sektoren,
- c) stärkere Marktorientierung
- d) Steigerung der Flexibilität und Anpassungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt.

EU-Kommissionspräsident Barroso ließ im Dezember 2004 verlautbaren, dass das Vorantreiben der Lissabon-Strategie das höchste Ziel seiner Regierung sei.

### Phänomen

Acht Jahre nach der Verabschiedung der Lissabon-Strategie ist zu konstatieren, dass zwar einige der oben genannten Maßnahmen implementiert wurden, dass aber das Ziel einer 70%igen Beschäftigungsquote europaweit keineswegs erreicht wurde.

Mit der Verabschiedung der umstrittenen Dienstleistungsrichtlinie im November 2006, die bis 2008 in nationales Gesetz umgewandelt werden muss, ist die Vollendung des Binnenmarkts für Dienstleistungen weitgehend erreicht.

Die Öffnung bisher geschützter Sektoren wird insbesondere durch die neue handelspolitische EU-Strategie „Globales Europa“ realisiert, die die Regierungschefs auf ihrer Sitzung im Juni 2007 unter dem Titel „Das globale Europa - Eine starke Partnerschaft zur Öffnung der Märkte für europäische Exporteure“ verabschiedeten. Ein Ziel dieser

Außenhandelsstrategie ist neben der Beseitigung der „nichttarifären Handelshemmnisse“ – das sind u.a. umwelt- und arbeitsrechtliche Standards – die Marktöffnung für die bislang noch weithin geschützten öffentlichen Beschaffungsmärkte.

Eine stärkere Unternehmerfreundlichkeit wurde vor allem durch die 2002 beschlossene Abschaffung der Versteuerung von Gewinnen aus dem Verkauf von Unternehmensbeteiligungen erreicht, die allerdings auch zum Aufstieg der „Heuschrecken“ beigetragen haben. Durch die Agenda 2010, mit der Verabschiedung der Hartz-Gesetze, der Einführung der Mini- und Ein-Euro-Jobs, der Rente mit 67 und der Gesundheitsreform sind große Einschnitte in den Sozialstaat vollzogen worden. Im August 2005 lobte der damalige Arbeitsminister Müntefering dann auch die „Reformen der Agenda 2010“ als „weitreichende Fortschritte bei der nationalen Umsetzung der Lissabon Strategie“.

Offensichtlich sind die Regierungschefs mit den bislang erzielten Ergebnissen noch nicht zufrieden, zumal sich auch die Arbeitslosigkeit nicht wesentlich verringert hat, sondern in einigen EU-Ländern sogar weiterhin gestiegen ist. So wurde im Dezember 2007 ein „neuer Zyklus der Lissabon-Strategie“ beschlossen. Konkrete Schritte zur Durchführung und Umsetzung weiterer „Reformen“ sollen auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates im März 2008 verabschiedet werden. Als Bereiche für einen „Reformbedarf“ werden neben der Wettbewerbsfähigkeit und der Vollendung des Binnenmarkts auch die „Modernisierung der öffentlichen Verwaltung“ und „Flexicurity“ genannt.

Eine „Modernisierung der öffentlichen Verwaltung“ wird aller Voraussicht nach durch öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) in Angriff genommen. Im April 2007 wurde die Bertelsmann Tochter *arvato government services* offizieller Partner der Stadt Würzburg für eine Neuausrichtung und Aufgabenverteilung der öffentlichen Verwaltung. Mit diesem ÖPP-Projekt ist arvato erstmalig in den Markt für Dienstleistungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung in Deutschland eingestiegen und kann seine Erfahrungen aus Großbritannien verwerten, wo das Unternehmen 2005 die kommunale Verwaltung einer mittelgroßen Stadt mit 325.000 Einwohnern übernommen hatte. In East Riding hat arvato u.a. lokale Steuern eingezogen, Subventionen und Beihilfen ausgezahlt sowie die Lohn- und Gehaltsabrechnungen und das Management der 14 Bürgerbüros übernommen. Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben, auf die u.a. die Bertelsmann-Stiftung EU-weit drängt, hat die Arbeit von arvato erst ermöglicht und ist mittlerweile der profitabelste Bereich des

Bertelsmann-Konzerns.

Auf seiner Sitzung im Dezember 2007 nahm der Europäische Rat bereits die „Grundsätze für den Flexicurity-Ansatz“ der EU-Kommission an. 2008 Jahr sollen national angepasste Flexicurity-Strategien in den EU-Mitgliedstaaten unter Beteiligung der „Sozialpartner und der Zivilgesellschaft“ diskutiert und entwickelt werden.

Bereits vor dieser EU-Entscheidung hat der Bundesrat im September einen Beschluss zur Flexicurity gefasst. Die Vorteile des Flexicurity-Konzepts, das aus den englischen Wörtern flexibility (Flexibilität) und security (Sicherheit) zusammen gesetzt ist, werden darin gesehen, dass trotz flexibler Arbeitsformen und ausgehöhltem Kündigungsschutz eine gewisse Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt besteht.

### Kritische Würdigung

Mit dem Ziel der „Vollbeschäftigung“ als ein Lissabon-Ziel wurden die Gewerkschaften mit ins Boot geholt. Vollbeschäftigung ist mit einer Beschäftigungsquote von 70 Prozent im EU-Durchschnitt rein quantitativ definiert und ist also ein Vollbeschäftigungsbegriff ohne sozialen Gehalt, der alle prekär Beschäftigten, alle Minijobber einschließt.

Da die Mini- und Teilzeitjobs zunehmend sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse verdrängen und auch andere Maßnahmen wie die zunehmende Privatisierung der Gesundheitssysteme auf wachsende Kritik bei den Gewerkschaften stoßen, sehen diese die Lissabon-Strategie mittlerweile kritisch.

Einige Globalisierungskritiker bezeichnen die Lissabon-Strategie als eine „europäische soziale Abrissbirne“, die den Konzernen Riesengewinne beschere, Arbeitsplätze vernichte und dem Einzelnen nicht nur neue Steuerlasten, sondern auch finanzielle Eigenverantwortung für die Alters- und Gesundheitsversorgung aufbürde. Arbeitssuchende würden in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gezwungen und Länder mit den niedrigsten Sozialstandards in Europa würden beispielgebend für andere EU-Mitgliedsstaaten. Damit „sich Arbeit wieder lohne“, würden europaweit die Sozialleistungen bis an den Rand des Existenzminimums gedrückt. Mit Hinweis auf die notwendige „Wettbewerbsfähigkeit“ in Zeiten der Globalisierung werde suggeriert, dass die

tendenzielle Angleichung der Löhne nach unten die einzige Möglichkeit sei, in der Konkurrenz mit den Billiglohnländern bestehen zu können.

Tatsächlich haben die Reformen des westeuropäischen Sozialstaatsmodells einschneidende Veränderungen für die Bevölkerungen gebracht. Gebühren für Gesundheit und Bildung, Lohn- und Rentenkürzungen sowie Arbeitszeitverlängerung gehören dazu. Gleichzeitig haben die Unternehmen in den letzten Jahren Rekordgewinne gemacht.

Deutschland ist das wettbewerbsfähigste Land der Welt mit einer der höchsten Produktivitätsraten und das einzige EU-Land mit sinkender Lohnquote. Trotzdem – oder gerade deshalb – werden weiterhin Arbeitsplätze wegrationalisiert. Der Produktivitätszuwachs wird nicht mehr wie früher mit den Beschäftigten in Form höherer Löhne geteilt oder durch Arbeitszeitverkürzungen weiter gegeben, sondern kommt den Aktionären in Form von Dividenden oder den Managern mittels Bonuszahlungen zugute.

Das vielbeschworene Mantra, dass eine hohe Wettbewerbsfähigkeit Arbeitsplätze schaffe, kann nicht als empirisch nachgewiesen gelten. Einer der Hauptursachen für die Arbeitsplatzvernichtung ist der technische Fortschritt, was allerdings kaum thematisiert wird.

Die bisherigen „Lissabon-Reformen“ haben sich bisher im Wesentlichen als eine Umverteilungsmaschinerie zugunsten der Reichen erwiesen. Diese soziale Schieflage ist unter anderem im kirchlichen Raum auf Kritik gestoßen.

### Evangelische Perspektiven

Im November 2005 hat sich die Synode der EKD mit der Zukunft der Europäischen Union beschäftigt und kritisierte in dem entsprechenden Synoden-Beschluss, dass „die auf Wachstum und Beschäftigung abzielende Lissabonstrategie eine Tendenz zur Ökonomisierung aller Lebensbereiche hat“. Nach Auffassung der Synodalen sollte die Lissabonstrategie „um das Ziel der Solidarität mit den Schwächeren, die nicht am Arbeitsmarkt teilnehmen können, ergänzt werden“.

Auch die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) hat sich 2005 mit der Lissabon-Strategie befasst. In einem Brief der KEK AG Sozialpolitik an den damaligen Vorsitzenden der

Ratspräsidentschaft Premierminister Juncker, wurde angemahnt, dass die Aspekte der sozialen Kohäsion als eine der Prioritäten zugunsten des Wettbewerbs und der Deregulierung vernachlässigt werde und dass ein integriertes wirtschaftliches, soziales und ökologisches Konzept notwendig sei, um eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten.

Anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft hat sich auch die Diakonie der EKD sehr kritisch mit der Lissabon-Strategie auseinandergesetzt. Mit Hinweis auf die wachsende Zahl der Armen und sozial Ausgegrenzten in Deutschland und in den anderen EU-Staaten drängt die Diakonie auf eine Stärkung der sozialen Dimension im Rahmen der Lissabon-Strategie. Der ausschließliche Fokus auf „Wachstum und Beschäftigung“ trage dazu bei, dass Bevölkerungsgruppen sozial „abgehängt“ werden. Die Diakonie kritisiert insbesondere, dass die soziale Eingliederung der Armen und Arbeitslosen ein deutlich nachrangiges Ziel bei der Neuorientierung der Lissabon-Strategie ist.

Im März 2007 verfasste die KEK wiederum einen Brief, diesmal an Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Funktion als Vorsitzende der EU-Ratspräsidentschaft. In diesem Anschreiben äußern die Kirchen und diakonischen Organisationen ihre große Besorgnis über die wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen in den europäischen Staaten und fordern die Kanzlerin auf, sich stärker für die Umsetzung der so genannten Lissabon-Strategie zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung einzusetzen.

Bislang haben die Appelle der Kirchen, die sozialen Aspekte der Lissabon-Strategie stärker zu berücksichtigen, allerdings nicht viel gefruchtet. Im Gegenteil, die neuen Reformen, die im März verabschiedet werden sollen, geben Anlass zur Sorge, dass mit mehr Deregulierung und zunehmender Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt gerechnet werden muss.

Nur ein Europa mit garantierten sozialen Rechten für alle sowie klaren Regeln gegen Steuer-, Lohn- und Sozialdumping und für eine sozial gerechte Umverteilung zwischen Arm und Reich kann ein friedliches und soziales Europa sein. Falls neue Reformen weiterhin zu einer größeren Polarisierung innerhalb der europäischen Gesellschaften beitragen, erscheint der soziale Friede gefährdet.

Annette Groth, Februar 2008

## Literaturtipps

„Die Herausforderung annehmen“, Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok <http://ec.europa.eu/growthandjobs/pdf/2004-1866-DE-complet.pdf>

Rat der Europäischen Union: Schlussfolgerungen des Vorsitzes – Brüssel, 22. und 23. März 2005 - 7619/05, II. NEUBELEBUNG DER LISSABONNER STRATEGIE: EINE PARTNERSCHAFT FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG, [http://ue.eu.int/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/ec/84347.pdf](http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/84347.pdf)

Tagung des Europäischen Rates vom 14. Dezember 2007 in Brüssel, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st16/st16616.de07.pdf>

Bundesrat, Drucksache 470/07, 21.9.2007  
[http://www.bundesrat.de/cln\\_050/nn\\_8336/SharedDocs/Drucksachen/2007/0401-500/470-07\\_28B\\_29,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/470-07\(B\).pdf](http://www.bundesrat.de/cln_050/nn_8336/SharedDocs/Drucksachen/2007/0401-500/470-07_28B_29,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/470-07(B).pdf)

Balany, Doherty, Hoedeman, u.a. „Konzern Europa – Die unkontrollierte Macht der Unternehmen“, Rotpunktverlag, 2001

4. Tagung der 10. Synode der EKD, Berlin, 6. - 10. November 2005  
Beschluss zur Phase der Reflektion über die Zukunft der Europäischen Union  
[http://www.europarl.europa.eu/comparl/afco/hearings/20060424\\_forum/vonzanthier\\_de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/comparl/afco/hearings/20060424_forum/vonzanthier_de.pdf)

Diakonie Texte, 21.2006, „Erwartungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007“  
[http://europaeische-bewegung.de/fileadmin/files\\_ebd/pdfs/diakonie\\_rat2007de.pdf](http://europaeische-bewegung.de/fileadmin/files_ebd/pdfs/diakonie_rat2007de.pdf)